

## DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 89 — 227

**17. NOVEMBER 1988. — Erlass der Exekutive zur Ausführung des Dekretes vom 28. Juni 1988 zur Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden oder Vereinigungen ohne Erwerbzweck, die Immobilien für die Kultur-, Sport- und Tourismusinfrastruktur errichten oder ankaufen, beziehungsweise Arbeiten an dieser Infrastruktur durchführen**

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekretes vom 28. Juni 1988 zur Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden oder Vereinigungen ohne Erwerbzweck, die Immobilien für die Kultur-, Sport- und Tourismusinfrastruktur errichten oder ankaufen beziehungsweise Arbeiten an dieser Infrastruktur durchführen;

Aufgrund des am 17. November 1988 gegebenen Einverständnisses des Vorsitzenden der Exekutive, zuständig für Finanzen;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch das Gesetz vom 9. August 1980;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Notwendigkeit, die Ausführungsbestimmungen zum Dekret vom 28. Juni 1988 so schnell wie möglich zu erlassen, um die Verwirklichung bereits in Angriff genommener Infrastrukturprojekte nicht weiter hinauszuzögern und um die Rechtssicherheit auf diesem Gebiete schnellstens herzustellen;

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der Exekutive, zuständig für den Tourismus, des Gemeinschaftsministers, zuständig für kulturelle Animation und des Gemeinschaftsministers, zuständig für Sport,

Beschliesst :

KAPITEL I. — *Allgemeine Bestimmungen*

**Artikel 1.** Die in Artikel 1 und Artikel 4 des Dekretes vom 28. Juni 1988 zur Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden oder Vereinigungen ohne Erwerbzweck, die Immobilien für die Kultur-, Sport- und Tourismusinfrastruktur errichten oder ankaufen, beziehungsweise Arbeiten an dieser Infrastruktur durchführen, verwendeten Begriffe werden wie folgt definiert :

1. Unter Bauarbeiten versteht man jede Neuerrichtung einer Infrastruktur auf einem unbebauten Baugrund.
2. Unter Erweiterungsarbeiten versteht man jede Vergrößerung einer bestehenden Infrastruktur.
3. Unter Umbauarbeiten versteht man jede Veränderung einer bestehenden Infrastruktur oder die Umwandlung eines Gebäudes oder einer Anlage in eine Infrastruktur, die der im Dekret angegebenen Zielsetzung entspricht.
4. Unter Instandsetzungsarbeiten versteht man die Ausbesserung einer Infrastruktur, insofern dies keine räumlichen Veränderungen mit sich bringt.
5. Unter Einrichtung von Immobilien sind alle festverankerten Gegenstände zu verstehen, die zur Erfüllung der Zweckbestimmungen der Immobilien erforderlich sind.

**Art. 2.** Die im Dekret erwähnten Zuschüsse müssen durch einen dem Antrag beigefügten Tätigkeitsbericht gerechtfertigt werden.

Die definitive schriftliche Zusage der Exekutive ist vor dem Baubeginn und vor jedem Ankauf erforderlich.

**Art. 3. § 1.** Als Zuschuß für Instandsetzungsarbeiten kann dem Antragsteller während eines Zeitraums von zwanzig Jahren ab dem Datum der effektiven Auszahlung des Zuschusses, der für die instanzzusetzende Infrastruktur gewährt wurde, maximal 100 % dieses letzten Zuschusses gewährt werden.

§ 2. Die in Artikel 6 des Dekretes erwähnte Dauer des Mietvertrages muß im Jahr der Antragsstellung noch mindestens zwanzig Jahre betragen, wenn die bezuschußbaren Kosten unter 16 Millionen Franken liegen.

Für bezuschußbare Kosten über 16 Millionen Franken muß der Antragsteller über einen Erbpachtvertrag verfügen, dessen Laufzeit im Jahre der Antragstellung noch mindestens dreißig Jahre beträgt oder Eigentümer sein, oder einen Mietvertrag unter den im ersten Absatz genannten Voraussetzungen mit einer Gemeinde abgeschlossen haben.

Die in Artikel 6 des Dekretes erwähnte Dauer des Mietvertrages für Anträge von Instandsetzungsarbeiten von maximal 500 000 Franken bezuschußbare Kosten, muß im Jahr der Antragstellung noch mindestens neun Jahre betragen.

§ 3. Für Projekte, deren Gesamtkosten mindestens 10 Millionen Franken betragen, ist mit einem anerkannten Unternehmen der Abschluß eines Vertrages zur Baustellenkontrolle und eine Baustellenversicherung verpflichtend.

KAPITEL II. — *Besondere Bestimmungen für die Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden**Abschnitt 1. — Infrastruktur mit regionaler Bedeutung*

**Art. 4.** Unter Infrastruktur mit regionaler Bedeutung versteht man eine Infrastruktur, deren Träger eine Gemeinde ist und die aufgrund der geographischen Lage, der Bevölkerungszahl des Einzugsgebietes und der beabsichtigten Nutzung mehr als die Bedürfnisse der antragstellenden Gemeinde erfüllen wird.

Infrastrukturen mit regionaler Bedeutung können im kulturellen, sportlichen und touristischen Bereich berücksichtigt werden. Es werden ausschließlich berücksichtigt : Konzert- und Theatersäle, Konferenz-, Informations-, Versammlungs- und Projektionsräume, Sport- und Kampfhallen, sowie die erforderlichen Begleiträume der oben erwähnten Infrastrukturen.

Die Exekutive kann je zwei Infrastrukturen mit regionaler Bedeutung im kulturellen, sportlichen und touristischen Bereich berücksichtigen, eine für die Gemeinden Eupen, Kelmis, Lontzen, Raeren und eine für die Gemeinden Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach und Sankt Vith.

**Art. 5.** Die antragstellende Gemeinde ist Bauherr der zu erstellenden Infrastruktur mit regionaler Bedeutung. Ein Abkommen zwischen der Exekutive und der Gemeinde regelt die spätere Zusammenarbeit bezüglich der bezuschußten Infrastruktur.

**Art. 6.** Ein Projekt mit regionaler Bedeutung kann in der Planung und Ausführung gemeinsam mit einem kommunalen Projekt durchgeführt werden, wobei der Zuschußsatz von 80 % nur für den Anteil der Infrastruktur mit regionaler Bedeutung im Gesamtprojekt angewandt wird.

#### *Abschnitt 2. — Verfahren der Anfrage*

**Art. 7. § 1.** Auf Antrag und nach Vorlage folgender Dokumente teilt die Exekutive dem Antragsteller ihre prinzipielle Entscheidung zur Bezuschussung der Bau-, Erweiterungs-, Umbau- oder Instandsetzungsarbeiten mit :

1. eine Begründungserklärung mit dem Nachweis sportlicher, kultureller oder touristischer Tätigkeiten in der Gemeinde;
2. eine Absichtserklärung mit dem Programm des Projektes oder einer Nutzungsplanung, wenn es sich um eine Infrastruktur mit regionaler Bedeutung handelt;
3. eine Lageplan;
4. gegebenenfalls ein Eigentumsnachweis oder eine Abschrift des Mietvertrages bzw. Erbpachtvertrages der entsprechenden Grundstücke oder Gebäude;
5. eine Skizze des Projektes;
6. eine allgemeine Kostenschätzung.

§ 2. Innerhalb eines Jahres nach Erteilung der prinzipiellen Zusage hat mittels folgender Dokumente die Anfrage für die definitive Zusage zu erfolgen :

1. die endgültige Absichtserklärung bezüglich der Projektes;
2. eine Abschrift des Beschlusses des Gemeinderates des Antragstellers mit der Bezeichnung des Projektautors und der Festlegung der Ausschreibeprozedur;
3. gegebenenfalls das Lastenheft;
4. die präzise Kostenschätzung des Projektautors bei Bau-, Erweiterungs-, Umbau- oder Instandsetzungsarbeiten einer Infrastruktur;;
5. beim Ankauf von Immobilien die Einschätzung des Einnehmers des Einregistrierungsamtes oder eines vereidigten Einschätzers, eventuell erhöht durch die gesetzlich vorgesehene Wiederanlegungsentschädigung;
6. gegebenenfalls eine Abschrift der Baugenehmigung und der für deren Erhalt eingereichten Pläne;
7. ein Nachweis der gegebenenfalls abgeschlossenen Versicherung und des Baustellenkontrollvertrages;
8. der Katasterplan des Standortes;
9. bei einem Antrag zur Bezuschussung einer Infrastruktur mit regionaler Bedeutung : der Nachweis der in den letzten 3 Jahren durch die antragstellende Gemeinde durchgeführten Aktivitäten im kulturellen Bereich.

Nach Vorlage dieser Dokumente wird die definitive Zusage erteilt, unter Vorbehalt folgender Punkte :

1. Falls alle Angebote über der im ersten Absatz, Punkt 4, vorgesehenen Kostenschätzung des Architekten liegen, können die bezuschußbaren Ausgaben bis zu 10 % über der Kostenschätzung des Architekten liegen.
2. Die Gemeinde übermittelt der Exekutive 14 Tage im vorhinein das Datum der Angebotseröffnung. Die Exekutive kann einen Beauftragten zu der Angebotseröffnung entsenden.

Die Gemeinde übermittelt der Exekutive eine Abschrift des Protokolls der Angebotseröffnung und der begründeten Entscheidung.

3. Der zuständige Gemeinschaftsminister kann im Falle des Ankaufs von Immobilien eine eigene Expertise in Auftrag geben.

§ 3. Dringende Instandsetzungsarbeiten, deren besondere Notwendigkeit, durch eine Gefährdung der Öffentlichkeit beziehungsweise eine drohende Beschädigung oder Zerstörung der Gesamtinfrastruktur begründet ist, können bezuschußt werden, nach Einreichen folgender Dokumente :

1. eine begründete Erklärung der Gefährdung der Öffentlichkeit durch den Bürgermeister der Gemeinde, beziehungsweise eine begründete Erklärung der drohenden Beschädigungen oder Zerstörungen durch einen Ingenieur oder Architekten;
2. eine Beschreibung und Schätzung der Arbeiten;
3. eine Abschrift der in Dringlichkeit ausgeführten Ausschreibung;
4. das Protokoll der begründeten Auftragserteilung.

§ 4. Bei Anträgen auf Gewährung eines Zuschusses beim Ankauf von Einrichtungsgegenständen sind drei Kostenvoranschläge erforderlich, wenn der Preis der Einrichtung mindestens 100 000 Franken beträgt; liegt der Preis unter 100 000 Franken, genügt ein Kostenvoranschlag.

#### *Abschnitt 3. — Der Zuschuss*

**Art. 8.** Für die Berechnung des Zuschusses werden für Arbeiten folgende Kosten berücksichtigt :

1. Materialkosten;
2. versteuerbarer Arbeitslohn, sowie die Sozialabgaben mit Ausnahme der durch Gemeindearbeiter geleisteten Arbeitsstunden;
3. Architekten und Expertenonorare, die nur in Höhe des von der betreffenden Berufsvereinigung festgesetzten Honorarsatzes berücksichtigt werden;
4. Mehrwertsteuer, falls sie nicht vom Finanzministerium erstattet wird;
5. Kosten, die durch die Anwendung der gesetzlich vorgesehenen Revisionsklausel für Lohn und Materialkosten entstehen;
6. Unvorhergesehene Ausgaben bis zu 10 % der Kostenschätzung, die durch gesonderten Antrag angefragt werden.

Führt der Antragsteller Arbeiten in eigener Regie durch, können Kosten für Miete von Maschinen und Werkzeug bezuschußt werden.

#### *Abschnitt 4. — Auszahlung des Zuschusses*

**Art. 9.** Der Zuschuß wird nach Beendigung der Arbeiten beziehungsweise nach dem Ankauf aufgrund der vorgelegten Rechnungs- und Zahlungsbelege ausbezahlt.

**Art. 10.** Es können ebenfalls proportionelle Auszahlungen des Gesamtzuschusses erfolgen. Die zu diesem Zweck eingereichten Fortschrittserklärungen müssen vom verantwortlichen Bauleiter oder Architekten gutgeheissen werden und jeweils einem Mindestbetrag von 500 000 Franken entsprechen. Die proportionellen Auszahlungen dürfen höchstens 90 % des Gesamtzuschusses betragen.

**Art. 11.** Spätestens 12 Monate nach Beendigung der Arbeiten müssen die eindgültigen Belege eingereicht sein.

### KAPITEL III. — *Besondere Bestimmungen für die Gewährung von Zuschüssen an Vereinigungen ohne Erwerbszweck*

#### *Erster Abschnitt. — Bezuschußbare Höchstaussgaben*

**Art. 12.** Pro Gesamtprojekt von Vereinigungen ohne Erwerbszweck gelten folgende bezuschußbare Höchstaussgaben :

In Millionen	Für den Ankauf, Umbau und Erweiterung von Immobilien einschließlich der dazugehörigen Einrichtung	Für den Bau eines Gebäudes und den Ankauf des dazu gehörigen Geländes einschließlich der dazu gehörigen Einrichtung
Schöne Künste	16,0	24,0
Bibliotheken und Mediatheken	12,0	8,0
Jugendpolitik	16,0	16,0
Ständige Weiterbildung und kulturelle Animation	8,0	8,0
Sport	16,0	16,0
Tourismus	16,0	16,0

#### *Abschnitt 2. — Verfahren der Anfrage*

**Art. 13. § 1.** Auf Antrag und nach Vorlage folgender Dokumente teilt die Exekutive dem Antragsteller ihre prinzipielle Entscheidung zur Bezuschussung der Bau-, Erweiterungs-, Umbau- oder Instandsetzungsarbeiten mit :

1. eine Begründungserklärung mit dem Nachweis seiner sportlichen, kulturellen oder touristischen Tätigkeiten in den zwei der Antragstellung vorhergehenden Jahre;

2. ein Lageplan;

3. gegebenenfalls ein Eigentumsnachweis oder eine Abschrift des Mietvertrages bzw. Erbpachtvertrages der entsprechenden Immobilien;

4. eine Skizze des Projektes;

5. eine allgemeine Kostenschätzung;

6. eine eidesstattliche Erklärung der antragstellenden Vereinigung ohne Erwerbszweck, daß alle Räumlichkeiten allen Organisationen gleich welcher ideologischen Richtung zugänglich sind;

7. eine Abschrift der im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlichten Statuten, der Vereinigung ohne Erwerbszweck, die aktuelle Zusammensetzung des Verwaltungsrates sowie die eventuelle Mehrwertsteuernummer.

§ 2. Innerhalb eines Jahres nach Erteilung der prinzipiellen Zusage hat mittels folgender Dokumente die Anfrage für die definitive Zusage zu erfolgen :

1. die endgültige Absichtserklärung bezüglich der Projektes;

2. eine Abschrift des Beschlusses des Gemeinderates des Antragstellers mit der Bezeichnung des Projektors und der Festlegung der Ausschreibeprozedur;

3. gegebenenfalls das Lastenheft;

4. die präzise Kostenschätzung des Projektors bei Bau-, Erweiterungs-, Umbau- oder Instandsetzungsarbeiten einer Infrastruktur;

5. beim Ankauf von Immobilien die Einschätzung des Einnehmers des Einregistrierungsamtes oder eines vereidigten Einschätzers, eventuell erhöht durch die gesetzlich vorgesehene Wiederanlegungsentschädigung;

6. gegebenenfalls eine Abschrift der Baugenehmigung und der für deren Erhalt eingereichten Pläne;

7. gegebenenfalls eine Aufstellung des augenblicklichen Wertes des Gebäudes mittels des Katasterwertes und der Feuerversicherungspolice;

8. der Katasterplan des Standortes;

9. ein Nachweis der gegebenenfalls abgeschlossenen Versicherung und des Baustellenkontrollvertrages.

Nach Vorlage dieser Dokumente wird die definitive Zusage erteilt, unter Vorbehalt folgender Punkte :

1. Falls alle Angebote über der im ersten Absatz, Punkt 4, vorgesehenen Kostenschätzung des Architekten liegen, können die bezuschußbaren Ausgaben bis zu 10 % über der Kostenschätzung des Architekten liegen.

2. Die Gemeinde übermittelt der Exekutive 14 Tage im vorhinein das Datum der Angebotseröffnung. Die Exekutive kann einen Beauftragten zu der Angebotseröffnung entsenden.

Die Gemeinde übermittelt der Exekutive eine Abschrift des Protokolls der Angebotseröffnung und der begründeten Entscheidung.

3. Der zuständige Gemeinschaftsminister kann im Falle des Ankaufs von Immobilien eine eigene Expertise in Auftrag geben.

§ 3. Dringende Instandsetzungsarbeiten, deren besondere Notwendigkeit, durch eine Gefährdung der Öffentlichkeit beziehungsweise eine drohende Beschädigung oder Zerstörung der Gesamtinfrastruktur begründet ist, können bezuschußt werden, nach Einreichen folgender Dokumente :

1. eine begründete Erklärung der Gefährdung der Öffentlichkeit durch den Bürgermeister der Gemeinde, beziehungsweise eine begründete Erklärung der drohenden Beschädigungen oder Zerstörungen durch einen Ingenieur oder Architekten;

2. eine Beschreibung und Schätzung der Arbeiten;

3. eine Abschrift der in Dringlichkeit ausgeführten Ausschreibung;

4. das Protokoll der begründeten Auftragserteilung.

§ 4. Bei Anträgen auf Gewährung eines Zuschusses beim Ankauf von Einrichtungsgegenständen sind drei Kostenvoranschläge erforderlich, wenn der Preis der Einrichtung mindestens 100 000 Franken beträgt; liegt der Preis unter 100 000 Franken, genügt ein Kostenvoranschlag.

#### *Abschnitt 3. — Der Zuschuss*

**Art. 14.** Für die Berechnung des Zuschusses werden für Arbeiten folgende Kosten berücksichtigt :

1. Materialkosten;
2. versteuerbarer Arbeitslohn, sowie die Sozialabgaben;
3. Architekten und Expertenonorare, die nur in Höhe des von der betreffenden Berufsvereinigung festgesetzten Honorarsatzes berücksichtigt werden;
4. Mehrwertsteuer, falls sie nicht vom Finanzministerium erstattet wird;
5. Kosten, die durch die Anwendung der gesetzlich vorgesehenen Revisionsklausel für Lohn und Materialkosten entstehen;
6. Unvorhergesehene Ausgaben bis zu 10 % der Kostenschätzung, die durch gesonderten Antrag angefragt werden.

Führt der Antragsteller Arbeiten in eigener Regie durch, können Kosten für Miete von Maschinen und Werkzeug bezuschußt werden.

#### *Abschnitt 4. — Auszahlung des Zuschusses*

**Art. 15.** Der Zuschuß wird nach Beendigung der Arbeiten beziehungsweise nach dem Ankauf aufgrund der vorgelegten Rechnungs- und Zahlungsbelege ausbezahlt.

**Art. 16.** Es können ebenfalls proportionelle Auszahlungen des Gesamtzuschusses erfolgen. Die zu diesem Zweck eingereichten Fortschrittserklärungen müssen vom verantwortlichen Bauleiter oder Architekten gutgeheissen werden und jeweils einem Mindestbetrag von 500 000 Franken entsprechen. Die proportionellen Auszahlungen dürfen höchstens 90 % des Gesamtzuschusses betragen.

Nach Beendigung der Arbeiten erfolgt anhand aller notwendigen Belege die Endabrechnung.

**Art. 17.** Spätestens 12 Monate nach Beendigung der Arbeiten müssen die endgültigen Belege eingereicht sein.

### *KAPITEL IV. — Bezuschussung von Ausrüstung*

**Art. 18.** Unter Ausrüstung von Immobilien sind alle beweglichen Güter zu verstehen, die zur Erfüllung der Zweckbestimmung der Immobilien, die laut Dekret und dem vorliegenden Erlass bezuschussbar sind, erforderlich sind.

**Art. 19.** Die Antragsteller sind Gemeinden oder Vereinigungen ohne Erwerbszweck. Für Anträge von Ausrüstung deren Wert 100 000 Franken übersteigt, muss der Antragsteller Eigentümer oder Erbpächter der bezuschussbaren Immobilien sein oder über einen Mietvertrag verfügen, dessen Dauer noch mindestens 20 Jahre im Jahr der Antragstellung beträgt.

**Art. 20.** Bei Anträgen auf Gewährung eines Zuschusses beim Ankauf von Ausrüstungsgegenständen für Immobilien, sind drei Kostenvoranschläge erforderlich, wenn der Preis der Ausrüstung mindestens 100 000 Franken beträgt; liegt der Preis unter 100 000 Franken, genügt ein Kostenvoranschlag.

**Art. 21.** Bezuschusste Ausrüstungsgegenstände dürfen vorbehaltlich der Bestimmungen des Kapitels V nicht veräussert bzw. abgetreten werden.

### *KAPITEL V. — Auflösung des Mietverhältnisses, Abtretung und Übernahme der Güter*

**Art. 22.** Der Zuschussempfänger hat unverzüglich nach Abtretung der bezuschussten Güter oder nach Auflösung des in Artikel 6 des Dekretes vorgesehenen Mietvertrages oder Erbpachtvertrages die Exekutive zu benachrichtigen und ist verpflichtet, den Vorgang zu begründen sowie der Exekutive alle diesbezüglichen gewünschten Auskünfte zu erteilen.

**Art. 23.** Unter der in Artikel 7 des Dekretes vorgesehenen Übernahme versteht man die unentgeltliche Übertragung des Eigentums der bezuschussten Güter an eine Gemeinde oder Vereinigung ohne Erwerbszweck bzw. die Fortführung des Erbpachtverhältnisses oder Mietverhältnisses durch die Gemeinde oder Vereinigung ohne Erwerbszweck.

**Art. 24.** Der abtretende Zuschussempfänger, bzw. der Zuschussempfänger, dessen Mietvertrag oder Erbpachtvertrag vorzeitig aufgelöst wird, hat der Exekutive innerhalb eines Monats nach dem Vorgang folgende Dokumente zuzustellen.

1. gegebenenfalls eine Abschrift der Entscheidung des Gemeinderates der übernehmenden Gemeinde;
2. gegebenenfalls einen Auszug aus dem *Belgischen Staatsblatt* mit der Zusammensetzung des Verwaltungsrates und der Zielsetzung der übernehmenden Vereinigung ohne Erwerbszweck;
3. gegebenenfalls das schriftliche Einverständnis der Vereinigung ohne Erwerbszweck die bezuschussten Güter zu übernehmen;
4. gegebenenfalls eine Aufstellung der Tätigkeiten der übernehmenden Vereinigung ohne Erwerbszweck;
5. ein Eigentumsnachweis oder eine Abschrift des Mietvertrages bzw. Erbpachtvertrages der übernehmenden Gemeinde oder Vereinigung ohne Erwerbszweck, der die verbleibende Mindestdauer abdeckt.

### *KAPITEL VI. — Aufhebungs- und schlussbestimmungen*

**Art. 25.** Sind aufgehoben :

1. Der Erlass der Exekutive vom 5. November 1986 zur Ausführung des Dekretes vom 26. Mai 1986 zur Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden oder Vereinigungen ohne Erwerbszweck, die Immobilien für die kleine Kultur-, Sport- und Tourismusinfrastruktur ankaufen beziehungsweise Arbeiten an dieser Infrastruktur durchführen.

2. Der Erlass der Exekutive vom 5. November 1986 zur Ausführung des Dekretes vom 26. Mai 1986 zur Gewährung von Zuschüssen an die Gemeinden, die Immobilien für die grosse Kultur-, Sport- und Tourismusinfrastruktur ankaufen beziehungsweise Arbeiten an dieser Infrastruktur durchführen.

Art. 26. Vorliegender Erlass tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.  
Eupen, dem 17. November 1988.

Für die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Der Vorsitzende der Exekutive,  
J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Ausbildung, kulturelle Animation und Medien,  
B. FAGNOUL  
Der Gemeinschaftsminister für Jugend, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales,  
M. GROSCHE

—  
TRADUCTION  
—

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 89 — 227

17 NOVEMBRE 1988. — Arrêté de l'Exécutif portant exécution du décret du 28 juin 1988 relatif à l'octroi de subventions aux communes et aux associations sans but lucratif qui érigent ou achètent des biens immobiliers servant d'infrastructure culturelle, sportive ou touristique ou qui effectuent des travaux à cette infrastructure

L'Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone;  
Vu le décret du 28 juin 1988 relatif à l'octroi de subventions aux communes et aux associations sans but lucratif qui érigent ou achètent des biens immobiliers servant d'infrastructure culturelle, sportive ou touristique ou qui effectuent des travaux à cette infrastructure;  
Vu l'accord du Président de l'Exécutif, qui a les finances dans ses attributions, donné le 17 novembre 1988;  
Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1<sup>er</sup>, modifiées par la loi du 9 août 1980;  
Vu l'urgence;  
Vu la nécessité d'arrêter dans les meilleurs délais les modalités d'exécution du décret du 28 juin 1988 afin de ne pas freiner davantage la réalisation des projets d'infrastructure en cours et afin d'assurer au plus vite la sécurité juridique dans ce domaine;  
Sur proposition du Président de l'Exécutif, chargé du tourisme, du Ministre communautaire chargé de l'animation culturelle et du Ministre communautaire chargé des sports,

Arrête :

CHAPITRE I. — Dispositions générales

**Article 1<sup>er</sup>.** Les termes utilisés à l'article 1 et à l'article 4 du décret du 28 juin 1988 relatif à l'octroi de subventions aux communes et aux associations sans but lucratif qui érigent ou achètent des biens immobiliers servant d'infrastructure culturelle, sportive ou touristique ou qui effectuent des travaux à cette infrastructure sont définis comme suit :

1. Par travaux de construction, il y a lieu d'entendre toute érection d'une nouvelle infrastructure sur un terrain à bâtir non bâti.
2. Par travaux d'extension, il y a lieu d'entendre tout agrandissement d'une infrastructure existante.
3. Par travaux de transformation, il y a lieu d'entendre toute modification à une infrastructure existante ou la transformation d'un bâtiment ou d'une installation en une infrastructure répondant aux objectifs dans le décret.
4. Par travaux de réparation, il y a lieu d'entendre toute réparation à une infrastructure dans la mesure où elle n'entraîne pas de modification des lieux.
5. Par aménagement de biens immobiliers, il y a lieu d'entendre tous les objets fixes nécessaires à la réalisation de l'objet auquel sont destinés les biens immobiliers.

**Art. 2.** Les subventions visées dans le décret doivent être justifiées par un rapport d'activité annexé à la demande.

L'accord écrit définitif de l'Exécutif est requis avant le début des travaux et avant tout achat.

**Art. 3. § 1<sup>er</sup>.** Pendant une période de vingt ans à dater du paiement effectif de la subvention octroyée pour l'infrastructure à réparer, le demandeur pourra recevoir, à titre de subvention pour travaux de réparation, une subvention plafonnée à 100 % de cette première subvention.

§ 2. L'année de l'introduction de la demande, la durée du contrat de bail visée à l'article 6 du décret sera encore de vingt années au moins lorsque les dépenses admises à la subvention sont inférieures à seize millions de francs.

Lorsque les dépenses admises à la subventions dépassent seize millions de francs, le demandeur devra être en possession d'un contrat de bail à ferme dont la durée, l'année de l'introduction de la demande, sera encore de trente années au moins ou bien être propriétaire ou encore avoir conclu, avec une commune, un contrat de bail aux conditions décrites à l'alinéa 1.

Pour les demandes relatives aux travaux de réparation, pour lesquels les dépenses admises à la subvention ne dépassent pas 500 000 francs, la durée du contrat de bail visée à l'article 6 du décret sera encore, l'année de l'introduction de la demande, de neuf années au moins.

§ 3. Pour les projets dont le coût total est au moins de dix millions de francs, la conclusion d'un contrat de surveillance et d'assurance du chantier avec une entreprise agréée est obligatoire.

CHAPITRE II. — *Dispositions spéciales pour l'octroi de subventions aux communes**Section 1. — Infrastructure à importance régionale*

**Art. 4.** Par infrastructure à importance régionale, il y a lieu d'entendre toute infrastructure supportée par la commune qui, par sa situation géographique, le nombre d'habitants de la région desservie et l'utilisation projetée, répond à des besoins qui dépassent ceux de la commune dont émane la demande.

Il peut y avoir des infrastructures à importance régionale dans le domaine culturel, sportif et touristique. Seront seuls pris en considération : les salles de concert et de théâtre, les salles de conférences, d'information, de réunion et de projection, les salles de sports et de compétitions ainsi que les locaux, indispensables, des infrastructures précitées.

L'Exécutif peut retenir deux infrastructures comme infrastructures à importance régionale dans le domaine culturel, le domaine sportif et le domaine touristique : une pour les communes d'Eupen, La Calamine; Lontzen et Raeren et une pour les communes d'Ambève, Bullange, Burg-Réuland, Bütgenbach et Saint-Vith.

**Art. 5.** La commune dont émane la demande est maître d'ouvrage de l'infrastructure à ériger. Une convention entre l'Exécutif et la commune règle la collaboration ultérieure en ce qui concerne l'infrastructure subventionnée.

**Art. 6.** Tout projet à importance régionale peut, en ce qui concerne la planification et l'exécution, être réalisé en même temps qu'un projet communal, le taux de subvention de 80 % n'étant appliqué qu'à la partie que représente l'infrastructure à importance régionale dans le projet global.

*SECTION 2. — Modalités de la demande*

**Art. 7. § 1<sup>er</sup>.** Sur demande et sur présentation des documents suivants, l'Exécutif communique au demandeur sa décision de principe sur le subventionnement des travaux de construction, d'extension, de transformation et de réparation :

1. une justification attestant l'existence d'activités culturelles, sportives ou touristiques dans la commune;
2. une déclaration d'intention accompagnée du programme du projet ou, s'il s'agit d'une infrastructure à importance régionale, d'un plan d'utilisation;
3. un plan du site;
4. le cas échéant, un titre de propriété ou une copie du contrat de bail à loyer ou du contrat de bail emphytéotique relatifs aux terrains ou bâtiments concernés;
5. une esquisse du projet;
6. une estimation globale des coûts.

§ 2. Dans les douze mois de l'accord de principe sur l'octroi de la subvention, il y a lieu d'introduire, au moyen des documents suivants, la demande d'engagement définitif :

1. la déclaration d'intention définitive relative au projet;
2. une copie de la décision du conseil communal du demandeur indiquant l'auteur du projet et fixant la procédure de soumission;
3. le cas échéant, le cahier des charges;
4. pour les travaux de construction, d'extension, de transformation ou de réparation d'une infrastructure, une estimation précise des coûts établie par l'auteur du projet;
5. pour l'achat de biens immobiliers, l'estimation établie par le receveur de l'administration de l'enregistrement ou par un taxateur officiel, éventuellement augmentée de l'indemnité de remploi prévue par la loi;
6. le cas échéant, une copie du permis de bâtir et des plans remis pour l'obtention de celui-ci;
7. une preuve de la conclusion, éventuelle, d'un contrat d'assurance et de surveillance du chantier;
8. la matrice cadastrale du site;
9. pour les demandes de subventionnement d'infrastructures à importance régionale, la preuve des activités culturelles organisées au cours des trois dernières années par la commune dont émane la demande.

Après présentation de ces documents, l'engagement définitif sera donné sous réserve des points suivants :

1. Si toutes les offres dépassent l'estimation des coûts établie par l'architecte, prévue à l'alinéa 1, 4<sup>e</sup>, les dépenses admises à la subvention peuvent dépasser l'estimation des coûts établie par l'architecte de 10 % maximum.

2. La commune communique 14 jours à l'avance la date de l'ouverture de la soumission à l'Exécutif. L'Exécutif peut déléguer un représentant à l'ouverture de la soumission.

La commune transmettra à l'Exécutif une copie du procès-verbal de l'ouverture de la soumission et de la décision motivée.

3. Le Ministre communautaire compétent en la matière peut commander sa propre expertise en cas d'achat de biens immobiliers.

§ 3. Les travaux de réparation urgents dont la nécessité particulière est justifiée par le fait que le public est mis en danger ou qu'il y a menace de détérioration ou de destruction de l'infrastructure globale, peuvent être subventionnés après remise des documents suivants :

1. une déclaration du bourgmestre de la commune exposant les raisons pour lesquelles le public est mis en danger ou une déclaration motivée d'un ingénieur ou d'un architecte sur les détériorations ou les destructions à craindre;
2. une description et une estimation des travaux;
3. une copie de l'appel d'offres, effectué d'urgence;
4. le procès-verbal de l'adjudication motivée.

§ 4. Pour les demandes d'octroi d'une subvention pour l'achat de biens d'aménagement destinés à des biens immobiliers, trois devis sont nécessaires lorsque le prix de l'aménagement atteint au moins 100 000 francs; lorsque le prix est inférieur à 100 000 francs, un devis suffira.

*Section 3. — De la subvention*

**Art. 8.** Pour les travaux, il sera tenu compte des frais suivants pour le calcul de la subvention :

1. des frais de matériaux;
2. de la main-d'œuvre imposable et des charges sociales, à l'exception des heures de travail prestées par les ouvriers communaux;
3. des honoraires d'architectes et d'experts, qui ne seront pris en considération qu'à concurrence du taux des honoraires fixé par l'association professionnelle concernée;

4. de la taxe sur la valeur ajoutée si elle n'est pas restituée par le Ministère des Finances;
  5. des frais résultant de l'application de la clause de révision légale prévue pour les frais de main-d'œuvre et de matériaux;
  6. des dépenses imprévues, plafonnées à 10 p.c. de l'estimation des coûts, pour lesquelles une demande séparée doit être introduite.
- Lorsque le demandeur exécute lui-même certains travaux, les frais de location de machines et d'outils peuvent être subventionnés.

*Section 4. — Liquidation de la subvention*

**Art. 9.** La subvention sera liquidée, selon le cas, après la fin des travaux ou après l'achat, sur présentation des factures et des preuves de paiement.

**Art. 10.** La subvention globale peut également être liquidée par des paiements au prorata. Les états d'avancement des travaux, déposés à cet effet, doivent être approuvés par le maître d'œuvre ou l'architecte responsable et porter chacun sur un minimum de 500 000 francs. Les paiements au prorata ne peuvent dépasser 90 p.c. de la subvention globale. Le décompte final sera établi après la fin des travaux sur base de toutes les pièces justificatives requises.

**Art. 11.** Les pièces justificatives définitives seront déposées au plus tard 12 mois après la fin des travaux.

**CHAPITRE III. — Dispositions spéciales pour l'octroi de subventions aux associations sans but lucratif**

*Section 1. — Dépenses maximales admises à la subvention*

**Art. 12.** Pour les associations sans but lucratif, les dépenses admises à la subvention sont les suivantes par projet global :

En millions	Pour l'achat, la transformation et l'extension de biens immobiliers, y compris l'aménagement de ceux-ci	Pour la construction d'un bâtiment et l'achat du terrain attenant, y compris l'aménagement de celui-ci
Beaux arts	16,0	24,0
Bibliothèques et médiathèques	12,0	8,0
Politique de la jeunesse	16,0	16,0
Formation permanente et animation culturelle	8,0	8,0
Sports	16,0	16,0
Tourisme	16,0	16,0

*Section 2. — Modalités de la demande*

**Art. 13. § 1<sup>er</sup>.** Sur demande et sur présentation des documents suivants, l'Exécutif communique au demandeur sa décision de principe sur le subventionnement des travaux de construction, d'extension, de transformation et de réparation :

1. une justification attestant l'existence de ses activités culturelles, sportives ou touristiques pendant les deux années antérieures à la demande;
2. un plan du site;
3. le cas échéant, un titre de propriété ou une copie du contrat de bail à loyer ou du contrat de bail emphytéotique relatifs aux biens immobiliers concernés;
4. une esquisse du projet;
5. une estimation globale des coûts;
6. une déclaration sous serment de l'association sans but lucratif dont émane la demande, attestant que tous les locaux sont accessibles à toutes les organisations quelle que soit leur tendance idéologique;
7. une copie des statuts de l'association sans but lucratif, publiés au *Moniteur belge*, la composition actuelle du conseil d'administration et, le cas échéant, le numéro de T.V.A.

§ 2. Dans les douze mois de l'accord de principe sur l'octroi de la subvention, il y a lieu d'introduire, au moyen des documents suivants, la demande d'engagement définitif :

1. la déclaration d'intention définitive relative au projet;
2. une copie de la décision du conseil d'administration du demandeur indiquant l'auteur du projet et fixant la procédure de soumission;
3. le cas échéant, le cahier des charges;
4. pour les travaux de construction, d'extension, de transformation ou de réparation d'une infrastructure, une estimation précise des coûts établie par l'auteur du projet;
5. pour l'achat de biens immobiliers, l'estimation établie par le receveur de l'administration de l'enregistrement ou par un taxateur officiel, éventuellement augmentée de l'indemnité de remplacement prévue par la loi;
6. le cas échéant, une copie du permis de bâtir et des plans remis pour l'obtention de celui-ci;
7. le cas échéant, un état fixant la valeur actuelle du bâtiment sur base de la valeur cadastrale et de la police d'assurance-incendie;
8. la matrice cadastrale du site;
9. une preuve de la conclusion, éventuelle, d'un contrat d'assurance et de surveillance du chantier.

Après présentation de ces documents, l'engagement définitif sera donné sous réserve des points suivants :

1. Si toutes les offres dépassent l'estimation des coûts établie par l'architecte, prévue à l'alinéa 1, 4<sup>o</sup>, des dépenses admises à la subvention peuvent dépasser l'estimation des coûts établie par l'architecte de 10 % maximum.

2. L'association sans but lucratif communique 14 jours à l'avance la date de l'ouverture de la soumission à l'Exécutif. L'Exécutif peut déléguer un représentant à l'ouverture de la soumission.

L'association sans but lucratif transmettra à l'Exécutif une copie du procès-verbal de l'ouverture de la soumission et de la décision motivée.

3. Le Ministre communautaire compétent en la matière peut commander sa propre expertise en cas d'achat de biens immobiliers.

§ 3. Les travaux de réparation urgents dont la nécessité particulière est justifiée par le fait que le public est mis en danger ou qu'il y a menace de détérioration ou de destruction de l'infrastructure globale, peuvent être subventionnés après remise des documents suivants :

1. une déclaration du bourgmestre de la commune exposant les raisons pour lesquelles le public est mis en danger ou une déclaration motivée d'un ingénieur ou d'un architecte sur les détériorations ou les destructions à craindre;

2. une description et une estimation des travaux;

3. une copie de l'appel d'offres, effectué d'urgence;

4. le procès-verbal de l'adjudication motivée.

§ 4. Pour les demandes d'octroi d'une subvention pour l'achat de biens d'aménagement destinés à des biens immobiliers, trois devis sont nécessaires lorsque le prix de l'aménagement atteint au moins 100 000 francs; lorsque le prix est inférieur à 100 000 francs, un devis suffira.

#### Section 3. — De la subvention

Art. 14. Pour les travaux, il sera tenu compte des frais suivants pour le calcul de la subvention :

1. des frais de matériaux;

2. de la main-d'œuvre imposable et des charges sociales;

3. des honoraires d'architectes et d'experts, qui ne seront pris en considération qu'à concurrence du taux des honoraires fixé par l'association professionnelle concernée;

4. de la taxe sur la valeur ajoutée si elle n'est pas restituée par le Ministère des Finances;

5. des frais résultant de l'application de la clause de révision légale prévue pour les frais de main-d'œuvre et de matériaux;

6. des dépenses imprévues, plafonnées à 10 p.c. de l'estimation des coûts, pour lesquelles une demande séparée doit être introduite.

Lorsque le demandeur exécute lui-même certains travaux, les frais de location de machines et d'outils peuvent être subventionnés.

#### Section 4. — Liquidation de la subvention

Art. 15. La subvention sera liquidée, selon le cas, après la fin des travaux ou après l'achat, sur présentation des factures et des preuves de paiement.

Art. 16. La subvention globale peut également être liquidée par des paiements au prorata. Les états d'avancement des travaux, déposés à cet effet, doivent être approuvés par le maître d'œuvre ou l'architecte responsable et porter chacun sur un minimum de 500 000 francs. Les paiements au prorata ne peuvent dépasser 90 p.c. de la subvention globale. Le décompte final sera établi après la fin des travaux sur base de toutes les pièces justificatives requises.

Art. 17. Les pièces justificatives définitives seront déposées au plus tard 12 mois après la fin des travaux.

#### CHAPITRE IV. — Subventionnement de l'équipement

Art. 18. Par équipement de biens immobiliers, il y a lieu d'entendre tous les biens mobiliers nécessaires à la réalisation de l'objet auquel sont destinés les biens immobiliers susceptibles d'être subventionnés conformément au décret et au présent arrêté.

Art. 19. Les demandeurs sont des communes ou des associations sans but lucratif. Pour les demandes d'équipement dont la valeur dépasse 100 000 francs, le demandeur devra être propriétaire ou emphytéote des biens immobiliers admis à la subvention ou disposer d'un contrat de bail à loyer dont la durée sera encore d'au moins 20 ans au moment de la demande.

Art. 20. Pour les demandes d'octroi d'une subvention pour l'achat de biens d'équipement destinés à des biens immobiliers, trois devis sont nécessaires lorsque le prix de l'équipement atteint au moins 100 000 francs; lorsque le prix est inférieur à 100 000 francs, un devis suffira.

Art. 21. Sous réserve des dispositions du chapitre V, les biens d'équipement subventionnés ne peuvent être ni aliénés ni cédés.

#### CHAPITRE V. — Résiliation du contrat de bail, cession et reprise des biens

Art. 22. Le bénéficiaire de la subvention est tenu d'informer immédiatement l'Exécutif de la cession des biens subventionnés de la résiliation du contrat de bail à loyer ou du contrat de bail emphytéotique prévu à l'article 6 du décret; il devra motiver sa décision et donner à l'Exécutif toutes les informations souhaitées la concernant.

Art. 23. Par reprise prévue à l'article 7 du décret, il y a lieu d'entendre le transfert gracieux de la propriété sur les biens subventionnés à une commune ou à une association sans but lucratif ou la poursuite du bail emphytéotique ou du bail à loyer par la commune ou l'association sans but lucratif.

Art. 24. Le bénéficiaire de la subvention qui cède les biens ou dont le contrat de bail à loyer ou le contrat de bail emphytéotique est résilié anticipativement transmettra à l'Exécutif dans les trente jours de cette cession ou de cette résiliation les documents suivants :

1. le cas échéant, une copie de la délibération du conseil communal de la commune qui reprend les biens;

2. le cas échéant, un extrait du *Moniteur belge* indiquant la composition du conseil d'administration et l'objet de l'association sans but lucratif qui reprend les biens;

3. le cas échéant, l'accord écrit de l'association sans but lucratif quant à la reprise des biens subventionnés;

4. le cas échéant, une liste des activités de l'association sans but lucratif qui reprend les biens;

5. un titre de propriété ou une copie du contrat de bail à loyer ou du contrat de bail emphytéotique de la commune ou de l'association sans but lucratif qui reprend les biens, ce contrat couvrant la durée minimale restante.



CHAPITRE VI. — *Dispositions abrogatoires et transitoires***Art. 25.** Sont abrogés :

1. l'arrêté de l'Exécutif du 5 novembre 1986 portant exécution du décret du 26 mai 1986 relatif à l'octroi de subventions aux communes et aux associations sans but lucratif pour l'achat de biens immobiliers servant de petite infrastructure culturelle, sportive et touristique ou pour la réalisation de certains travaux à cette infrastructure;

2. l'arrêté de l'Exécutif du 5 novembre 1986 portant exécution du décret du 26 mai 1986 relatif à l'octroi de subventions aux communes pour l'achat de biens immobiliers servant de grosse infrastructure culturelle, sportive ou touristique ou pour la réalisation de travaux à cette infrastructure.

**Art. 26.** Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Eupen, le 17 novembre 1988.

Pour l'Exécutif de la Communauté germanophone :

Le Président de l'Exécutif,

J. MARAITE

Le Ministre communautaire de la Formation, de l'Animation culturelle et des Média,

B. FAGNOUL

Le Ministre communautaire de la Jeunesse, des Sports,  
de la Formation des adultes et des Affaires sociales,

M. GROSCH

## VERTALING

## DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 89 — 227

**17 NOVEMBER 1988.** — **Besluit van de Executieve tot uitvoering van het decreet van 28 juni 1988 betreffende de toekenning van toelagen aan gemeenten of verenigingen zonder winstoogmerk die onroerende goederen voor de culturele, toeristische of sportinfrastructuur bouwen of aankopen of die werken aan deze infrastructuur uitvoeren**

De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het decreet van 28 juni 1988 betreffende de toekenning van toelagen aan gemeenten of verenigingen zonder winstoogmerk die onroerende goederen voor de culturele, toeristische of sportinfrastructuur bouwen of aankopen of die werken aan deze infrastructuur uitvoeren;

Gelet op de toestemming van de Voorzitter van de Executieve, gevoegd voor de Financiën, gegeven op 17 november 1988;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd door de wet van 9 augustus 1980;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat het noodzakelijk is de modaliteiten tot uitvoering van het decreet van 28 juni 1988 zo snel mogelijk te bepalen om de uitvoering van de reeds begonnen infrastructuurprojecten niet langer uit te stellen en om de rechtszekerheid op dit gebied ten snelste te verzekeren;

Op voorstel van de Voorzitter van de Executieve, bevoegd voor toerisme, van de Gemeenschapsminister bevoegd voor culturele animatie en van de Gemeenschapsminister bevoegd voor sport;

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

**Artikel 1.** De termini die voorkomen in de artikelen 1 en 4 van het decreet van 28 juni 1988 betreffende de toekenning van toelagen aan gemeenten of verenigingen zonder winstoogmerk die onroerende goederen voor de culturele, toeristische of sportinfrastructuur bouwen of aankopen of die werken aan deze infrastructuur uitvoeren, worden gedefinieerd als volgt :

1. Onder bouwwerken dient te worden verstaan : elke nieuwe oprichting van een infrastructuur op een onbebouwde grond.

2. Onder uitbreidingswerken dient te worden verstaan : elke uitbreiding van een bestaande infrastructuur.

3. Onder verbouwingswerken dient te worden verstaan : elke verbouwing van een bestaande infrastructuur of de omzetting waardoor van een gebouw of een installatie een infrastructuur wordt gemaakt die aan het doel van het decreet beantwoordt.

4. Onder herstellingswerken dient te worden verstaan :

5. Onder aanpassingswerken aan onroerende goederen dienen alle vast opgestelde voorwerpen te worden verstaan die voor de vervulling van het doel van de onroerende goederen noodzakelijk zijn.

**Art. 2.** De toelagen bedoeld in het decreet moeten worden gerechtvaardigd door een activiteitenverslag bijgevoegd bij de aanvraag.

De defintieve schriftelijke toezegging van de Executieve is vóór het begin van de bouwwerken en vóór elke aankoop vereist.

**Art. 3. § 1.** Als toelage voor herstellingswerken kan aan de aanvragen gedurende een periode van 20 jaar vanaf de datum van de effectieve uitkering van de toelage die voor de te herstellen infrastructuur is toegekend, hoogstens 100 pct. van deze laatste toelage worden toegekend.

§ 2. De duur van het huurcontract bedoeld in artikel 6 van het decreet moet in het jaar van de aanvraag nog minstens 20 jaar bedragen wanneer de kosten die voor de subsidiëring in aanmerking worden genomen, onder 16 miljoen frank liggen.

Wanneer de kosten die voor een subsidiëring in aanmerking komen 16 miljoen frank overschrijden moet de aanvrager over een erfpachtcontract beschikken waarvan de duur in het jaar van de aanvraag nog minstens 30 jaar bedraagt of eigenaar zijn of een huurcontract volgens de voorwaarden bedoeld in het eerste lid met een gemeente afgesloten hebben.

Bij aanvragen in verband met herstellingswerken waarvan de kosten die voor een subsidiëring in aanmerking komen maximaal 500 000 frank bedragen, moet de duur van het huurcontract bedoeld in artikel 6 van het decreet in het jaar van de aanvraag nog minstens 9 jaar bedragen.

§ 3. Voor projecten waarvan de globale kosten minstens 10 miljoen frank bedragen is de afsluiting van een contract betreffende de werfcontrole en de werfverzekering met een erkende onderneming verplicht.

## HOOFDSTUK II. — *Bijzondere bepalingen voor de toekenning van toelagen aan gemeenten*

### *Eerste afdeling. - Infrastructuur van regionaal belang*

**Art. 4.** Onder infrastructuur van regionaal belang dient een infrastructuur te worden verstaan die door een gemeente gedragen wordt en die op grond van haar geografische ligging, het aantal inwoners van het verzorgingsgebied en het geplande gebruik in behoeften zal voorzien welke die van de aanvragende gemeente overschrijden.

Infrastructuren van regionaal belang kunnen op cultureel, sportief en toeristisch vlak in aanmerking worden genomen. In aanmerking genomen worden uitsluitend : concert- en theaterzalen, conferentie-, informatie-, vergader- en projectiezalen, sport- en wedstrijdhallen alsmede de noodzakelijke bijbehorende kamers voor de bovenvermelde infrastructuren.

De Executieve kan op cultureel, sportief en toeristisch vlak telkens twee infrastructuren van regionaal belang in aanmerking nemen, één voor de gemeenten Eupen, Kelmis, Lontzen, Raeren en één voor de gemeenten Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach en Sankt Vith.

**Art. 5.** De aanvragende gemeente is bouwheer van de op te richten infrastructuur van regionaal belang. Een overeenkomst tussen de Executieve en de gemeente regelt de latere samenwerking inzake de gesubsidieerde infrastructuur.

**Art. 6.** Een project van regionaal belang kan bij de planning en de uitvoering samen met een gemeentelijk project worden uitgevoerd waarbij de toelagepercentage van 80 pct. alleen op het gedeelte van de infrastructuur van regionaal belang in het globale project wordt toegepast.

### *Afdeling 2. — Modaliteiten van van aanvragen*

**Art. 7. § 1er.** Op aanvraag en nadat volgende documenten zijn ingediend deelt de Executieve haar principiële beslissing omtrent de subsidiëring van de bouw-, uitbreidings-, verbouwings- of herstellingswerken mede aan de aanvrager :

1. een met redenen omklede verklaring met het bewijs van de sportieve, culturele of toeristische activiteiten in de gemeenten;
2. een intentieverklaring met het program van het project of een gebruiksplan indien het om een infrastructuur van regionaal belang gaat;
3. een situatieschets;
4. in voorkomend geval, een eigendomsbewijs of een kopie van het huurcontract resp. de erfpacht over de betreffende terreinen of gebouwen;
5. een schets van het project;
6. een algemene kostenraming.

§ 2. Binnen één jaar na de verlening van de principiële toezegging moet door middel van volgende documenten de definitieve toezegging worden aangevraagd :

1. de definitieve intentieverklaring betreffende het project;
2. een kopie van de beslissing van de gemeenteraad van de aanvrager met de aanduiding van de projectauteur en de bepaling van de aanbestedingsprocedure;
3. in voorkomend geval, het bestek;
4. de preciese kostenraming van de projectauteur bij bouw-, uitbreidings-, verbouwings- of herstellingswerken aan een infrastructuur;
5. bij de aankoop van onroerende goederen, de raming van de ontvanger van de Administratie der Registratie of van een beëdigd taxateur, in voorkomend geval verhoogd met de wettelijk bepaalde vergoeding voor wederbelegging;
6. in voorkomend geval, een kopie van de bouwvergunning en van de plannen die voor het verkrijgen van die vergunning zijn ingediend;
7. een bewijs van de eventueel afgesloten verzekering en van het werftoezichtscontract;
8. het kadasterplan van de vestiging;
9. bij aanvragen tot subsidiëring van infrastructuren van regionaal belang : het bewijs van de culturele activiteiten die de aanvragende gemeente in de laatste drie jaren heeft uitgevoerd.

Nadat die documenten zijn ingediend wordt de definitieve toezegging onder volgende voorwaarden verleend :

1. Indien alle aanbiedingen boven de in lid één, 4, bedoelde kostenraming van de architect liggen, mogen de uitgaven die voor een subsidiëring in aanmerking komen hoogstens 10 pct. van de kostenraming van de architect overschrijden.

2. De gemeente deelt de datum van de opening van de inschrijvingen veertien dagen bij voorbaat aan de Executieve mede. De Executieve kan een vertegenwoordiger naar de opening van de inschrijvingen zenden.

De gemeente maakt een afschrift van het proces-verbaal over de opening van de inschrijvingen en van de met redenen omklede beslissing over aan de Executieve.

3. De bevoegde Gemeenschapsminister kan bij de aankoop van onroerende goederen een eigen expertise in opdracht geven.

§ 3. Dringende herstellingswerken waarvan de bijzondere noodzakelijkheid gemotiveerd is door een bedreiging van het publiek resp. een dreigende beschadiging of vernietiging van de hele infrastructuur kunnen worden gesubsidieerd nadat volgende documenten zijn ingediend :

1. een met redenen omklede verklaring van de burgemeester van de gemeente omtrent de bedreiging van het publiek resp. een met redenen omklede verklaring van een ingenieur of architect omtrent de dreigende beschadigingen of vernietigingen;

2. een beschrijving en schatting van de werken;
3. een kopie van de spoedig uitgevoerde offerteaanvraag;
4. het proces-verbaal van de met redenen omklede aanbesteding.

§ 4. Voor aanvragen tot subsidiëring van de aankoop van installatievoorwerpen zijn drie kostenramingen vereist wanneer de prijs van de installatie minstens 100 000 frank bedraagt; wanneer de prijs onder 100 000 frank ligt, is een kostenraming voldoende.

#### Afdeling 3. — De toelage

Art. 8. Voor de berekening van de toelage worden bij werken volgende kosten in aanmerking genomen :

1. de materiaalkosten;
2. het belastbare arbeidsloon en de sociale lasten met uitzondering van de werkuren die door gemeentearbeiders zijn gepresteerd;
3. de honoraria van de architecten en deskundigen die slechts ten belope van het door de betreffende beroepsvereniging vastgelegde percentage in aanmerking worden genomen;
4. de belasting op de toegevoegde waarde indien ze niet door het Ministerie van Financiën wordt terugbetaald;
5. de kosten die door de toepassing van het wettelijk voorziene herzieningsbeding voor loon- en materiaal-kosten ontstaan;
6. onvoorziene uitgaven tot 10 pct. van de kostenraming die door middel van een aparte aanvraag moeten worden aangevraagd.

Indien de aanvrager bepaalde werken zelf uitvoert kunnen de kosten voor de huur van machines en gereedschap worden gesubsidieerd.

#### Afdeling 4. — Uitkering van de toelage

Art. 9. De toelage wordt na de beëindiging van de werken respectievelijk na de aankoop of basis van de ingediende rekeningen en betalingsbewijzen uitgekeerd.

Art. 10. De globale toelage mag ook door middel van proportionele betalingen worden uitgekeerd. De daartoe ingediende vorderingsverklaringen moeten door de verantwoordelijke bouwcoördinator of architect worden goedgekeurd en telkens een minimumbedrag van 500 000 frank in rekening brengen. De proportionele betalingen mogen hoogstens 90 pct. van de globale toelage bedragen.

Na beëindiging van de werken heeft de eindafrekening op basis van alle noodzakelijke bewijsstukken plaats.

Art. 11. Ten laatste 12 maanden na de beëindiging van de werken moeten de definitieve bewijsstukken zijn ingediend.

### HOOFDSTUK III. — Bijzondere bepalingen voor de toekenning van toelagen aan verenigingen zonder winstoogmerk Eerste afdeling. — Maximale uitgaven die kunnen worden gesubsidieerd

Art. 12. Per globaal project van verenigingen zonder winstoogmerk kunnen volgende maximale uitgaven worden gesubsidieerd :

In miljoenen	Voor de aankoop, de verbouwing en de uitbreiding van onroerende goederen, de bijbehorende installatie inbegrepen	Voor de bouw van een gebouw en de aankoop van het bijbehorend terrein, de bijbehorende installatie inbegrepen
Schonen Kunsten	16,0	24,0
Bibliotheken en mediatheken	12,0	8,0
Jeugdbeleid	16,0	16,0
Voortdurende vorming en culturele animatie	8,0	8,0
Sport	16,0	16,0
Toerisme	16,0	16,0

#### Afdeling 2. — Modaliteiten van de aanvraag

Art. 13. § 1. Op aanvraag en nadat volgende documenten zijn ingediend deelt de Executieve haar principiële beslissing omtrent de subsidiëring van de bouw-, uitbreidings-, verbouwings- of herstellingswerken mede aan de aanvrager :

1. een met redenen omklede verklaring met het bewijs van de sportieve, culturele of toeristische activiteiten gedurende de twee jaar vóór de aanvraag;
2. een situatieschets;
3. in voorkomend geval, een eigendomsbewijs of een kopie van het huurcontract resp. de erfpacht over de betreffende onroerende goederen;
4. een schets van het project;
5. een algemene kostenraming;
6. een verklaring onder ede van de aanvragende vereniging zonder winstoogmerk dat alle ruimten voor alle organisaties van om het even welke ideologische richting toegankelijk zijn;
7. een kopie van de in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakte statuten van de vereniging zonder winstoogmerk; de huidige samenstelling van de raad van beheer alsmede het eventuele B.T.W.-nummer.

§ 2. Binnen één jaar na de verlening van de principiële toezegging moet door middel van volgende documenten de definitieve toezegging worden aangevraagd :

1. de definitieve intentieverklaring betreffende het project;
2. een kopie van de beslissing van de raad van beheer van de aanvrager met de aanduiding van de projectauteur en de bepaling van de aanbestedingsprocedure;

3. in voorkomend geval, het bestek;
4. de preciese kostenraming van de projectauteur bij bouw-, uitbreidings-, verbouwings- of herstellingswerken aan een infrastructuur;
5. bij de aankoop van onroerende goederen, de raming van de ontvanger bij de Administratie der Registratie of van een beëdigd taxateur, in voorkomend geval verhoogd met de wettelijk bepaalde vergoeding voor wederbelegging;
6. in voorkomend geval, een kopie van de bouwvergunning en van de plannen die voor het verkrijgen van die vergunning zijn ingediend;
7. in voorkomend geval, een overzicht over de huidige waarde van het gebouw door middel van de kadastrawaarde en de vuurverzekeringsspolice;
8. het kadastrerplan van de vestiging;
9. een bewijs van de eventueel afgesloten verzekering en van het werftoezichtcontract.

Nadat die documenten zijn ingediend wordt de definitieve toezegging onder volgende voorwaarden verleend :

1. Indien alle aanbiedingen boven de in lid één, 4, bedoelde kostenraming van de architect liggen, mogen de uitgaven die voor een subsidiëring in aanmerking komen hoogstens 10 pct. van de kostenraming van de architect overschrijden.

2. De vereniging zonder winstoogmerk deelt de datum van de opening van de inschrijvingen veertien dagen bij voorbaat aan de Executieve mede. De Executieve kan een vertegenwoordiger naar de opening van de inschrijvingen zenden.

De vereniging zonder winstoogmerk maakt een afschrift van het proces-verbaal over de opening van de inschrijvingen en van de met redenen omklede beslissing over aan de Executieve.

3. De bevoegde Gemeenschapsminister kan bij de aankoop van onroerende goederen een eigen expertis  in opdracht geven.

§ 3. Dringende herstellingswerken waarvan de bijzondere noodzakelijkheid gemotiveerd is door een bedreiging van het publiek resp. een dreigende beschadiging of vernietiging van de hele infrastructuur kunnen worden gesubsidieerd nadat volgende documenten zijn ingediend.

1. een met redenen omklede verklaring van de burgemeester van de gemeente omtrent de bedreiging van het publiek resp. een met redenen omklede verklaring van een ingenieur of architect omtrent de dreigende beschadigingen of vernietigingen;

2. een beschrijving en een schatting van de werken;

3. een kopie van de spoedig uitgevoerde offerteaanvraag;

4. het proces-verbaal van de met redenen omklede aanbesteding.

§ 4. Voor aanvragen tot subsidiëring van de aankoop van installatievoorwerpen zijn drie kostenramingen vereist wanneer de prijs van de installatie minstens 100 000 frank bedraagt; wanneer de prijs onder 100 000 frank ligt, is een kostenraming voldoende.

#### Afdeling 3. — De toelage

Art. 14. Voor de berekening van de toelage worden bij werken volgende kosten in aanmerking genomen :

1. de materiaalkosten;

2. het belastbare arbeidsloon en de sociale lasten met uitzondering van de werkuren die door gemeentearbeiders zijn gepresteerd;

3. de honoraria van de architecten en deskundigen die slechts ten belope van het door de betreffende beroepsvereniging vastgelegde percentage in aanmerking worden genomen;

4. de belasting op de toegevoegde waarde indien ze niet door het Ministerie van Financiën wordt terugbetaald;

5. de kosten die door de toepassing van het wettelijk voorziene herzieningsbeding voor loon- en materiaal-kosten ontstaan;

6. onvoorziene uitgaven tot 10 pct. van de kostenraming die door middel van een aparte aanvraag moeten worden aangevraagd.

Indien de aanvrager bepaalde werken zelf uitvoert kunnen de kosten voor de huur van machines en gereedschap worden gesubsidieerd.

#### Afdeling 4. — Uitkering van de toelage

Art. 16. De toelage wordt na de beëindiging van de werken respectievelijk na de aankoop of basis van de ingediende rekeningen en betalingsbewijzen uitgekeerd.

Art. 17. De globale toelage mag ook door middel van proportionele betalingen worden uitgekeerd. De daartoe ingediende vorderingsverklaringen moeten door de verantwoordelijke bouwcoördinator of architect worden goedgekeurd en telkens een minimumbedrag van 500 000 frank in rekening brengen. De proportionele betalingen mogen hoogstens 90 pct. van de globale toelage bedragen.

Na beëindiging van de werken heeft de eindafrekening op basis van alle noodzakelijke bewijsstukken plaats.

Art. 17. Ten laatste 12 maanden na de beëindiging van de werken moeten de definitieve bewijsstukken zijn ingediend.

#### HOOFDSTUK IV. — Subsidiëring van uitrusting

Art. 18. Onder uitrusting van onroerende goederen dienen alle roerende goederen te worden verstaan die noodzakelijk zijn voor de vervulling van het doel van de onroerende goederen die luidens het decreet en dit besluit voor een subsidiëring in aanmerking komen.

Art. 19. De aanvrager zijn gemeenten of verenigingen zonder winstoogmerk. Bij aanvragen betreffende uitrustingen waarvan de waarde 100 000 frank overstijgt, moet de aanvrager eigenaar of erfpachter van de onroerende goederen zijn die voor een subsidiëring in aanmerking komen of voor een huurcontract beschikken waarvan de duur in het jaar van de aanvraag nog minstens 20 jaar bedraagt.

Art. 20. Voor aanvragen tot subsidiëring van de aankoop van uitrustingsvoorwerpen voor onroerende goederen zijn drie kostenramingen vereist wanneer de prijs van de installatie minstens 100 000 frank bedraagt; wanneer de prijs onder 100 000 frank ligt, is één kostenraming voldoende.

Art. 21. Gesubsidieerde uitrustingsvoorwerpen mogen onder voorbehoud van hoofdstuk V niet worden verkocht of afgestaan.

**HOOFDSTUK V. — Oplossing van het huurcontract, de cessie en de overname van de goederen**

**Art. 22.** De ontvanger van de subsidie moet onmiddellijk na de cessie van de gesubsidieerde goederen of na de oplossing van het huurcontract of de erfpacht bedoeld in artikel 6 van het decreet de Executieve verwittigen; hij is verplicht die stap te motiveren en alle desbetreffende gewenste inlichtingen aan de Executieve te verlenen.

**Art. 23.** Onder de overname bedoeld in artikel 7 van het decreet dient te worden verstaan de kosteloze overdracht van het eigendom over de gesubsidieerde goederen aan een gemeente of een vereniging zonder winstoogmerk of de voortzetting van de erfpacht of huurcontract door de gemeente of de vereniging zonder winstoogmerk.

**Art. 24.** De afstaande ontvanger van de toelage of de ontvanger van de toelage wiens huurcontract of erfpacht voortijdig wordt opgelost moet binnen één maand na die gebeurtenis volgende documenten overmaken aan de Executieve :

1. in voorkomend geval, een kopie van de beslissing van de gemeenteraad van de overnemende gemeente;
2. in voorkomend geval, een uittreksel uit het *Belgisch Staatsblad* met de samenzetting van de raad van beheer en het doel van de overnemende vereniging zonder winstoogmerk;
3. in voorkomend geval, de schriftelijke toestemming van de vereniging zonder winstoogmerk dat ze de gesubsidieerde goederen overneemt;
4. in voorkomend geval, een overzicht over de activiteiten van de overnemende vereniging zonder winstoogmerk;
5. een eigendomsbewijs of een kopie van het huurcontract of de erfpacht van de overnemende gemeente of vereniging zonder winstoogmerk die de overblijvende minimumduur dekt.

**HOOFDSTUK VI. — Opheffende en slotbepalingen**

**Art. 25.** Worden opgeheven :

1. het besluit van de Executieve van 5 november 1986 tot uitvoering van het decreet van 26 mei 1986 betreffende de toekenning van toelagen aan gemeenten of verenigingen zonder winstoogmerk die onroerende goederen voor een kleine culturele, toeristische of sportinfrastructuur aankopen of die werken aan deze infrastructuur uitvoeren;

2. het besluit van de Executieve van 5 november 1986 tot uitvoering van het decreet van 26 mei 1986 betreffende de toekenning van toelagen aan gemeenten die onroerende goederen voor een grote culturele, toeristische of sportinfrastructuur aankopen of werken aan deze infrastructuur uitvoeren.

**Art. 26.** Dit besluit treedt in werking op de dag van zijn aanneming.

Eupen, d.d. 17 november 1988.

Voor de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

De Voorzitter van de Executieve,

J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Vorming, Culturele Animatie en Media,

B. FAGNOUL

De Gemeenschapsminister van Jeugd, Sport, Volwassenenvorming en Sociale Aangelegenheden,

M. GROSCH

**AUTRES ARRÊTÉS**

**SERVICES DU PREMIER MINISTRE  
ET SERVICES DE L'EXECUTIF  
DE LA COMMUNAUTE FRANÇAISE**

**Ordres nationaux**

Par arrêté royal du 7 janvier 1989, M. Max Loreau, philosophe et poète, est nommé officier de l'Ordre de la Couronne. Il prendra rang dans l'Ordre à dater du 7 janvier 1989.

**ANDERE BESLUITEN**

**DIENSTEN VAN DE EERSTE MINISTER  
EN DIENSTEN VAN DE FRANSE GEMEENSCHAPSEXECUTIEVE**

**Nationale Orden**

Bij koninklijk besluit van 7 januari 1989 wordt de heer Max Loreau, filosoof en dichter, benoemd tot officier in de Kroonorde. Hij zal rang in de Orde vanaf 7 januari 1989 innemen.

**MINISTERE DES AFFAIRES ECONOMIQUES**

**Personnel. — Mise à la retraite**

Par arrêté royal du 10 novembre 1988, démission honorable de ses fonctions avec faculté de faire valoir ses droits à une pension à charge du Trésor public, est accordée, à la date du 1er février 1989, à M. Cajot, Pierre J.J., directeur général des Mines à l'Administration des Mines.

M. Cajot est autorisé à porter le titre honorifique de son grade et à en revêtir l'uniforme.

**MINISTERIE VAN ECONOMISCHE ZAKEN**

**Personeel. — Inruststelling**

Bij koninklijk besluit van 10 november 1988 wordt aan de heer Cajot, Pierre J.J., directeur-generaal der Mijnen bij de Administratie van het Mijnwezen, met ingang van 1 februari 1989, eervol ontslag uit zijn functies verleend en wordt hij gerechtigd aanspraak te maken op een rustpensioen ten laste van de Openbare Schatkist.

De heer Cajot wordt ertoe gemachtigd de titel van zijn graad eershalve te voeren en de ambtskledij ervan te dragen.